

# Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift

des Verbandes der Gärtner und Gärtnerei-Arbeiter (vorm. Allg. Deutscher Gärtnerverein), Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

**Bezugsbedingungen:** Vierteljährl. durch die Post  
5 M., unt. Streifenband 6,50 M.  
**Erscheint wöchentlich Sonnabends**

**Schriftleitung und  
Versand:**  
Berlin S 42, Luisenufer 1  
Fernruf: Moritzplatz 3725

**Anzeigen** erscheinen nur in dem vierzehntäglichen  
erscheinenden „Gärtnerei-Fachblatt“.  
Die Anzeigen-Annahme befindet sich: Berlin S 42,  
Luisenufer 1 :: Beilagen nach vorheriger Anfrage

In der Zeit vom 13. Juni bis 19. Juni ist der Beitrag für die 24. Woche fällig.

## Redakteurwechsel.

Nach ziemlich 20-jähriger, für unsern Verband und die gesamte gärtnerische Arbeitnehmerbewegung außerordentlich erfolgreicher Tätigkeit hat unser Schriftleiter, Kollege Otto Albrecht, einem Ruf als Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Landarbeiterverbandes Folge geleistet und ist mit dem 1. Mai d. J. aus seiner bisherigen Stellung ausgeschieden.

Der Hauptvorstand konnte sich den dafür vorgebrachten Gründen umsoweniger verschließen, als die Entwicklung der gärtnerischen Rechtsfrage noch immer in Fluß ist, so daß Kollege Albrecht auch in seiner neuen Stellung reichlich Gelegenheit haben wird, sich für uns einzusetzen.

Wir wollen diesen Wechsel aber nicht vorübergehen lassen, ohne ihm auch an dieser Stelle für seine Verdienste nicht nur unsern, sondern den Dank der gesamten Mitgliedschaft auszusprechen.

An seine Stelle ist, vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung, der bisherige Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Privatgärtner in Berlin-Friedenau, Kollege W. Reinhold, getreten.  
Der Hauptvorstand: I. A.: J. Busch.

## Valutaschwankungen, Wirtschaftskrisis und Lohnabbau.

Die gefürchtetste Erscheinung bei der schon während des Krieges einsetzenden und sich dann immer mehr steigendem Umwertung aller Werte war das Fallen unserer Valuta.

Da uns der Platz fehlt, näher auf die Gründe dafür einzugehen, wollen wir nur auf die zwei hauptsächlichsten verweisen, nämlich:

1. Die natürliche Entwertung unseres Geldes infolge des Zusammenbruches, die durch den riesigen Notenumlauf noch gesteigert wurde, weil der Papierreichtum eben nur bis zu einem bestimmten Prozentsatz Deckung durch das wirkliche Nationalvermögen findet, der annähernd durch die ausländische Bewertung unserer Mark zum Ausdruck kommt.

2. Die künstliche Niederhaltung unserer Zahlungsmittel durch spekulative Börsenmanöver ausländischer Finanzlöwen, die dadurch mit einer lächerlich geringen Summe ihres Geldes enorme deutsche Beträge erwerben konnten.

Von den Folgen dieses Tiefstandes treten wiederum zwei vor allem in die Erscheinung:

die fabelhafte Vorteuernung aller Lebensmittel infolge notwendiger Einkäufe von Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande, die fortwährende Lohnsteigerungen nach sich ziehen mußten, wenn nicht große Teile des Volkes dem Hunger und der Verlumpung preisgegeben werden sollten, und

die fast restlose Ausplünderung Deutschlands an allen nur denkbaren Artikeln, die zwar angegebene Ausfuhrmöglichkeiten und dadurch auch eine sehr bemerkenswerte Beschäftigungsziffer, aber andererseits natürlich auch wieder ein Anziehen der Preise im Gefolge hatte, weil der Inlandsmarkt fast vollständig entblößt war.

Diese eigenartige Lage wurde natürlich sofort vom gesamten Unternehmertum weißlich ausgenutzt, indem man ohne Rücksicht

auf den eigenen Warenhunger immer feste exportierte. Der Valutaschieber trat in Erscheinung und machte sich auch im Gartenbau beim Verkaufen von Obstbäumen nach dem Auslande bemerkbar.

Die größten Finanzgenies und Nationalökonomien suchten angestrengt nach Abhilfe und da an eine internationale Regelung vorerst nicht gedacht werden konnte, schlug man erhöhte Exportwarenpreise vor, um den gänzlichen Ausverkauf Deutschlands vorzubeugen und eine besondere staatliche Einnahmequelle für soziale Aufgaben zu haben.

Gerade der letzte Grund war wohl hauptsächlich an dem stillen aber zähen Widerstand führender Handels- und Industriekreise schuld, den man nach außen damit begründete, daß sich das Ausland derartiges, besonders im Hinblick auf den Friedensvertrag, wohl kaum gefallen lassen würde. In Wirklichkeit wollte man die Valutagewinne allein einstecken. Ja, man machte im „Berliner Tageblatt“ sogar den Vorschlag, die Inlandspreise einfach den Weltmarktpreisen anzunähern, obgleich jeder Einsichtige wissen mußte, daß dieses Emporschnellen der Preise nicht nur verzweifelte Lohnkämpfe heraufbeschworen hätte, sondern daß dabei auch unserem ohnehin schon schwer geprüften Vaterland allein die gesamte Last aufgebürdet wurde.

In der Zwischenzeit waren die Preise, besonders für im freien Handel befindliche Waren, lustig weiter in die Höhe geklettert. Ein Lohnkampf nach dem anderen mußte geführt werden, Kostenvoranschläge waren nicht möglich, weil sich alles „freibleibend“ verstand. Schieber und Wucherer feierten wahre Orgien. Die Putsche von rechts und links sorgten dafür, daß unsere Valuta aus dem Schwanken überhaupt nicht mehr herauskam.

Wie aber jede Seuche schon nach einiger Zeit das Gegengift erzeugt und so aus sich selbst heraus die Bekämpfung einleitet, so konnte der aufmerksame Beobachter unseres Wirtschaftslebens schon seit Wochen Anzeichen für das Steigen der Valuta beobachten, die ebenso unerwartet auftraten, wie Wirbel in der Wetterkunde, und infolgedessen auch eine klare Voraussage des wirtschaftlichen Wetters nicht zuließen.

Eins steht aber fest: Das Anziehen der Valuta wird je nach ihrem Tempo eine umfassende Wirtschaftskrisis im Gefolge haben, die nur mit jener bei Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vergleichbar ist.

Erstens scheint der Auslandsmarkt gesättigt zu sein oder hat mindestens kein Bedürfnis, die jetzt teurer werdenden deutschen Waren noch abzunehmen.

Zweitens ist in vielen Gewerben infolge der unregelmäßigen Produktionsweise feste auf Lager fabriziert worden, obgleich die Kaufkraft unseres Publikums trotz der anscheinend hohen Löhne tatsächlich nur eine verschwindende ist.

Jeder schränkt sich infolgedessen ein, so daß eine ziemliche Stille im Geschäftsleben eintrat, der Absatz stockte, die Preise fielen.

Dabei drohte nun den Schiebern die Gefahr, ihre zu Phantastepreisen erworbenen Bestände nicht mehr mit dem üblichen Profit los zu werden und so fingen sie an, ihre Lager Hals über Kopf zu räumen, natürlich nur mit dem Erfolge eines abermaligen Preissturzes, kurz, es setzte eine noch bestehende Panik mit Konkursen großer Firmen ein.

Statt nun das Kind beim richtigen Namen zu nennen, setzt jetzt im gesamten Unternehmertum wie auf Kommando der Schlachtruf ein: Keine höheren Löhne mehr, wir sind

an der Grenze der Belastungsmöglichkeit angekommen. Nur die hohen Löhne sind an den teuren Warenpreisen schuld, wir müssen mit den Löhnen abbauen!!

Da haben wir dem Salat! Man hat eine in ihrer Einfachheit nicht zu übertreffende Lösung der Frage, einen Blitzableiter für den denkfaulen Spießer und eine zugkräftige Wahlparole zugleich gefunden, ohne viel Gehirnschmalz anzuwenden und in der stillen Hoffnung, dadurch wieder zu der alten, so vorteilhaften Macht im Staate zu gelangen.

Nur die Arbeiter, aber bei Leibe nicht die armen Unternehmer haben den Nutzen der hohen Konjunktur gehabt. Daß man aber schon während des Krieges riesige Dividenden und jetzt eben solche Valutagewinne eingesteckt hat, verschweigt man schamhaft, obgleich gerade diese Herren auch die Löhne benutzten, um sich auf Kosten des unglücklichen Verbrauchers durch Aufschläge schadlos zu halten, die meist das Vielfache des Lohnes betragen.

Der Arbeiter soll wieder der Leidtragende sein, der Unternehmer will nichts auf sein Verlust- oder Geschäftsumkostenkonto buchen, obgleich man gerade in jenen Kreisen bei Tarifverhandlungen so gerne betont, daß unser verarmtes Volk sich in allen Kreisen einschränken und gleichmäßig an den Friedenslasten tragen müsse.

Man geht aber noch weiter und schließt einfach ganze Betriebe, obgleich die volkswirtschaftliche Notwendigkeit dafür von den maßgebenden Stellen überhaupt noch garnicht geprüft worden ist. Man sucht sich also auf Kosten der Arbeiter zu retten, denn die Beteuerung der Unrentabilität seitens der Unternehmer ist zu durchsichtig, um ernst genommen zu werden.

Auch im Gartenbau zeigen sich schon ähnliche Erscheinungen, obgleich dessen Erzeugnisse bei weitem nicht den oben geschilderten Verhältnissen unterworfen sind.

Während des Krieges hat eine Umstellung fast aller Betriebe auf die Ernährungswirtschaft eingesetzt, die auch heute noch anhält. Infolge der Abtretung wichtiger Erzeugerprovinzen und der Unmöglichkeit, die dadurch in vermehrtem Maße fehlenden Lebensmittel billig aus dem Auslande einzuführen, ist der Gärtnerei gerade jetzt die verantwortungsvolle Rolle erhöhter Inlandszeugung zugefallen, die sie auch im Hinblick auf die vielen Arbeitskräfte sehr wohl durchführen könnte, wobei wir Fachleute als Bahnbrecher auf dem Gebiete der Siedelung und modernen Agrarpolitik vorangehen müßten.

Aber nichts von alledem! Man wittert sogar im Laubkolonisten einen Konkurrenten und überläßt dieses Gebiet einigen Idealisten, abgewirtschafteten Gartenarchitekten oder auch Laien, faltet die Hände über dem Bauch, alarmiert die Presse, wenn infolge des Kapp-Putsches ein Waggon Pflanzen vertrocknet oder einige hundert Azaleen-Schaupflanzen unverkauft bleiben und --

lehnt es grundsätzlich ab, in Tarifverhandlungen einzutreten, weil man sonst ruiniert sei. Dadurch verkehrt man natürlich die besten Kräfte des Berufes, die dann, wie z. B. in Württemberg und der Pfalz, Arbeit bei den neuen Wasserstraßen suchen, wo sie wenigstens auskömmliche Löhne beziehen.

Also auch hier dasselbe Lied, obgleich gerade unser Beruf mit seinen Löhnen immer ganz bedenklich hinter denen anderer Berufe herhinkt, während die Preise für Gemüse und Obst als recht zeitgemäß bezeichnet werden müssen; kostete doch kürzlich eine Mandel Kohlrabi 10 Mk., ein Pfund Spinat 1.40 Mk., ein Pfund Radies 50 Pfg., ein Kopf Salat 25 Pfg.

Ähnliches ergibt sich auch aus den Marktberichten im „Handelsblatt“ und einer weiteren Steigerung ist durch die mit Jubel begrüßte Aufhebung amtlicher Preise Tür und Tor geöffnet.

Hier zeigt sich der Krebschaden der freien Wirtschaft ganz deutlich, weil sie den wirtschaftlich Schwachen nicht vor der Kaufkraft des Wohlhabenden schützt und weil sie die knappen Vorräte auf zu viele Verkäufer verteilt, die einen entsprechend hohen Aufschlag nehmen müssen, um existieren zu können.

Warum wollen diese Leute nur handeln, warum nicht selbst Werte schaffen, obgleich sie immer am lautesten schreien, daß nur Arbeit uns retten kann? Legen wir doch hier Hand an, und schaffen wir eine wirkliche Erzeugerpolitik aller Kreise, wir brauchen keine Drogen. Ein kluger Produzent aber richtet sich nach den Wünschen seiner Abnehmer, daher ist Produzentengewirtschaft in Wirklichkeit Konsumentengewirtschaft. Sonderinteressen sind nur insoweit berechtigt, als sie nicht mit denen der Allgemeinheit zusammenstoßen.

Diesem Gedankengang verschließen sich sogar einzelne Gärtnerbesitzer nicht und was vielleicht ein Jahrhundert nicht fertig gebracht hätte, hat die Not der Zeit veranlaßt: Man vereinigt sich zu Absatzgenossenschaften, weil der Einzelne heute nicht mehr lebensfähig ist. Hier heißt die Lösung Arbeitsteilung, Erzeugung nach dem Verbrauch, planmäßige Verteilung und man erzielt Ausschaltung der Konkurrenz, sparsamste und ergiebigste Wirtschaftsweise. Das aber ist die Hauptsache, wenn

man mit den umständlichen altväterischen Arbeitsweisen ausräumen will. Der Botenfuhrmann ist ja auch durch die Eisenbahn verdrängt und die Welt steht heute noch. Wir erkennen solche Pionierarbeit umso mehr an, als wir wissen, daß ihre Verfechter bei der obersten Leitung als Demokraten verschrien sind.

Hier werden auch unsere Betriebsräte eingesetzt und den Unternehmern zeigen müssen, was noch getan werden kann, ohne daß man mit den Löhnen abzubauen braucht, ehe es die gesamte Lage erfordert. Dazu ist ernste Berufsarbeit nötig und gerade die Unternehmer sollten dankbar das Gute nehmen, wo es sich bietet. Leider trübt ihnen die so gefürchtete Einsicht in den Betrieb den Blick für die großen Gegenwartsaufgaben.

Die zahlenmäßig überwiegende Masse der Arbeitnehmer aber muß ihren ganzen Einfluß einsetzen, daß wir endlich eine organisierte Wirtschaft bekommen, in der die Unternehmer nicht mehr überflüssige und vertenernde Profitschlucker und alleinige Herren im Hause sondern Wirtschaftsführer im Dienste der Allgemeinheit sind, die keinen größeren Anspruch auf anständigen Lebensunterhalt haben, als jeder andere auch.

Noch wiedersetzen sie sich solchen vernünftigen Ideen hartnäckig und bezeichnen deren Verfechter demagogisch als staatsgefährlich. Uns leitet aber nicht Haß gegen den Unternehmer, sondern der ernste Wille, mit dem System der Ausbeutung zu brechen und die Bahn zum Aufstieg frei zu machen.

Wir brauchen nicht blöde polizeiliche Zwangsverteilung und Reichsgesellschaften, sondern schaffensfreudige Truste und Genossenschaften, in denen ein edler Wettbewerb die Wirtschaftlichkeit zur höchsten Blüte bringen und so der Allgemeinnwirtschaft den Weg ebnen muß.

Wir erheben aber an dieser Stelle schärfstem Protest gegen Stillelegungen und Entlassungen, so lange der Waren- und Nahrungsmittelmangel besteht und erblicken in der hemmungslosen Entfaltung eines prächtigeren Unternehmertums, das bereits zu dem Raubbau an unserer durch den Krieg geschwächten Wirtschaft geführt hat, die allergrößte Gefahr für die Gesundheit unserer Produktion!

Deshalb verlangen wir von der Regierung und den Gemeinden entsprechende Gegenmaßnahmen durch Notstandsarbeiten und umfassende Aufträge auf dem Gebiete der Siedelung oder der Urbarmachung von Mooren, schärfste Kontrolle der Rentabilität bei geplanten Einschränkungen oder Stillelegungen von Gärtnereien als lebenswichtigen Betrieben und amtliche Indizes für den Lebensunterhalt, bis eine Änderung der Lage eingetreten ist, die es dem Arbeitnehmer ermöglicht, sich wirtschaftlich zu erholen, was bei der so zweischneidigen und unfruchtbaren Erwerbslosenfürsorge nämöglich ist.

Den Unternehmern aber rufen wir zu: „Weg mit dem organisierten Widerstand gegen eine sich unaufhaltsam ankahnende neue Zeit, wendet zu wirklichen Mitarbeitern am Wiederaufbau, oder die Entwicklung wird erbarmungslos über Euch hinwegschreiten!“ W. R.

## Zur Generalversammlung.

Anschluß oder Nichtanschluß?

In der Nummer 20 unserer Zeitung bringt Busch, Berlin, eine kurze Übersicht über die Tagesordnung unserer zukünftigen G.-V. und widmet auch dem evtl. Zusammenschluß mit dem Landarbeiterverband eine kurze, sachliche Betrachtung. Naturgemäß wird gerade dieser Punkt der Tagesordnung einer der wichtigsten sein — vielleicht der wichtigste — und verdient mit sachlicher Anteilnahme behandelt zu werden. Die Fortschritte der Vereinigungen der verschiedensten Organisationen zu größeren Verbänden zeigen uns zu deutlich, daß die heutigen Wirtschaftsverhältnisse den kleinen Berufsorganisationen die Möglichkeit immer mehr nehmen, ihren Zweck — bessere wirtschaftliche Verhältnisse ihrer Erwerbsklasse zu verschaffen — zu erfüllen.

Wir müssen in erster Linie bei einer sachlichen Prüfung der Frage des Zusammenschlusses meiner Meinung nach die Praxis beweisen lassen und die Theorie in den Hintergrund stellen. --

Zurzeit zersplittern sich die Arbeitnehmer unseres Berufes in vier Organisationen: 1. ein nicht unbedeutender Teil der Gemeinde- und Staatsbetriebe in den gleichnamigen Verband; 2. die ebenfalls recht ansehnliche Zahl der Outsgärtner in den Landarbeiter-Verband; 3. das kleine Grüppchen der Privatgärtner hängt wieder allein;\*) und 4. haben wir den Löwenanteil an den noch übrigbleibenden. Setzen wir voraus, daß die Privatgärtner,

\*) Auch Schriftl. hat sich inzwischen uns angeschlossen.

die die denkbar schlechteste Lage von allen haben, sich mit uns vereinigen, was sich historisch doch entwickeln wird, dann wären wir immer noch die kleinste Gruppe, und uns gegenüber ständen zwei mächtige Gegner.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband bildet mit seinem prinzipiellen Standpunkt — als Betriebsorganisation — ohne weiteres einen Machtfaktor als Gruppenverband, und der Landarbeiter-Verband ist die Grundlage zur Sammlung sämtlicher landwirtschaftlich-ähnlicher Berufe als Kontrahent zu den Industrie-Gruppenorganisationen. Gewiß läßt sich Gärtnerei und Landwirtschaft nicht gut trennen, aber erstere kann ohne Frage doch immer als Gewerbe gelten, und, auf die Gutsärtnerei zurückzukommen, so würden doch die meisten von ihnen von den Bezirksärtnern der Landarbeiter erfaßt und die Arbeitgeber lehnen für sie Sonderabschlüsse rundweg ab. (Bemerkt sei noch, daß wir diesen Kollegen mit ihrer Handwerkerzulage oft gar keinen günstigeren Abschluß verschaffen könnten.)

Aber zurück zu dem Unternehmertum. Die Praxis zeigt, daß die Mitglieder im Verband Deutscher Gartenbetriebe ihre eigene Organisation nicht als stark genug für die Vertretung ihrer Interessen ansehen, und im einzelnen schließen sich Gruppen und Grüppchen an irgend einen bestehenden Arbeitgeberverband an, vornehmlich an einen landwirtschaftlichen. Da werden wir nun wohl oder übel diese Taktik ins Auge fassen müssen, und mit dem großen Bruderverband zusammen unsere Arbeitgeber mit ihrem „sozialen Herzen“ endlich mal soziale Geständnisse abpressen. Vereinzelt haben sich unsere Tarifgemeinschafts-Gegner auch industriellen Arbeitgeberverbänden angeschlossen und dies dürfte für die so bitter notwendige gesetzliche Regelung unserer Berufsangehörigkeit Unterlagen bilden. Wenn wir diese Angelegenheit kurz streifen, so darf man sagen, daß ein Teil Unternehmern dem Gewerbestandpunkt durchaus sympathisch gegenüberstehen, und dieses sind meistens größere Betriebsunternehmer, der andere Teil erhofft aber von der Wirkung der „vorläufigen“ Landarbeiterordnung auf uns das Eldorado. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß niemand von uns daran denkt, diese Verordnung ohne weiteres für uns zu akzeptieren, sondern wie die im Landarbeiterverband gefügten Tarifabschlüsse heute schon zeigen, daß die Gesetzesverordnung überholt ist, so wird es unsere gemeinsame Sache sein, die schon verbesserten Bedingungen um ein weiteres zu verbessern.

Jedenfalls erfordert die ganze Angelegenheit eine sachliche Erörterung in allen unseren Verbandsstellen, denn es gilt, diese Frage in der Gesamtheit einheitlich zu lösen oder sie abzulehnen. Niemals darf aber der Zusammenschluß propagiert und mit knapper Mehrheit entschieden werden, und hinterher geht vielleicht wieder ein Teil mit dem Gedanken einer neuen Berufsorganisation krebzen, wie wir es im Privatgärtnerverband erlebt haben. Gewiß läßt sich zu dem Zusammenschluß sehr viel für und wider sagen, aber wenn wir in der Öffentlichkeit an die Frage herantreten, dann das große Ziel ins Auge gefaßt und Persönliches im Interesse der Allgemeinheit zurückgesetzt. Extrawürste können natürlich nicht gebraten werden, und über technische Fragen kann der Verbandstag genügend Regelungen treffen. Wir müssen danach streben und uns gewöhnen, erreichbare Ziele zu stecken und dann konsequent zu bleiben, wenn es um den Einzelnen oder die Allgemeinheit geht.

## II.

In Nr. 20 unserer Zeitung eröffnete Kollege Busch die Aussprache über den Verhandlungsstoff zur Generalversammlung. Der Hauptpunkt ist unzweifelhaft der Anschluß an den Landarbeiterverband. Die Zeit gebietet die Zentralisation und es ist erfreulich, daß sich verschiedene kleine Gewerkschaften ihren stammverwandten Berufsverbänden angeschlossen haben. Ist nun aber unser Beruf dem der Landarbeiter stammverwandt? Das ist wohl die Hauptfrage, die unbedingt einer sehr genauen Prüfung bedarf.

Die finanzielle Seite kann und darf nicht allein maßgebend sein; ausschlaggebend kann nur sein, ob es möglich sein wird, die Interessen der Kollegen in allen Branchen der Gärtnerei im Rahmen des Landarbeiterverbandes so zu vertreten, wie es nötig ist. Unsere Kollegen in den Guts- und Gemüsegärtnereien, in den Obst- und Spargelplantagen, den Samenzüchtereien und den Forstbaumschulen stehen den Landarbeitern ohne weiteres sehr nahe. In den Gemüsegärtnereien aber auch nur, soweit der feindliche Gemüsehändler in Frage kommt. Auch in den Obst-, Rosen- und Gehölzbauschulen kommen Berührungspunkte nur wenig in Frage. Wie steht es aber mit den übrigen Branchen in den Klein- und Großstädten, die doch unbedingt das Gros unserer Berufskollegen bilden?

Bei einem Anschluß an den Landarbeiterverband werden wir mit unserer verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl von 28.000 in dem großen Landarbeiterverband untertauchen. Eine Extrawurst für unseren Beruf kann und wird uns da nicht gebraten werden. Wir werden uns den Beitrags- und Unterstützungsleistungen des Landarbeiterverbandes unterordnen müssen. Letztere ent-

sprechen aber keineswegs den Anforderungen unserer Kollegen. Und wird es den Angestellten des L.-V. im Frühjahr möglich sein, die Interessen unserer Kollegen in den Klein- und Mittelstädten so zu vertreten, wie es nötig ist? Das ist jedenfalls sehr zweifelhaft, da sie mit Arbeit überlastet sind.

Es besteht ferner die Befürchtung, daß einige Branchen unseres Berufes diesem Anschluß nicht mitmachen werden und es wäre von großem Nachteil für uns, wenn die Kollegen in verschiedenen Verbänden organisiert sind. Jede Branche ist auf die andere angewiesen. Erringen z. B. die Kollegen der Landschaftsgärtnerei etwas, so folgen auch die anderen Branchen. Die Arbeitgeber der einzelnen Branchen berufen sich immer auf die anderen. Die gesamte Gärtnerei ist nur als ein einheitliches Ganzes zu betrachten und es wäre sehr zu bedauern, wenn die Arbeitnehmer auseinanderfallen sollten, was aber schließlich bei einem Zusammenschluß mit den Landarbeitern eintreten könnte. Unsere Arbeitgeber streben mit allen Mitteln zur Landwirtschaft und sicher doch nur aus dem Grunde, weil sie glauben, hier in punkto Arbeitszeit und Arbeitslohn besser zu fahren. Wir haben keine Veranlassung, ihnen dabei in die Hände zu arbeiten.

Dann zur Regelung unserer Rechtsverhältnisse: Diese Frage ist doch noch vollkommen ungeklärt. Wir fordern, daß unser gesamter Beruf, mit wenigen Ausnahmen, zum Gewerbe gehört! Darüber muß unbedingt im kommenden Reichstag entschieden werden. Bedeutet es nun nicht ein Aufgeben unseres Kampfes für die Regelung unserer Rechtsverhältnisse, wenn wir uns jetzt kurz vor der Entscheidung den Landarbeitern anschließen? Von unseren Gegnern wird es ganz sicher so ausgelegt werden. Unser Kampf für den Achtstundentag, für die Regelung des Lehrlingswesens usw. wird uns unbedingt ganz wesentlich erschwert werden. Werden die Landarbeiter immer das nötige Verständnis haben, wenn wir für den Achtstundentag dann „Jahrgeld“ verpußern, wo sie neun und zehn Stunden arbeiten müssen? Die Genehmigung für Lohnbewegungen und Streiks in unserem Beruf liegt dann beim Vorstand der Landarbeiter.

Ich bin kein Gegner der Zentralisation und unser Anschluß an den Landarbeiterverband wird auch einmal spruchreif werden. Heute ist er es aber ganz sicher noch nicht! Die Angelegenheit ist, solange die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse noch nicht geklärt sind, entschieden verfrüht. Darum können wir den Schritt auch jetzt noch nicht wagen, weil es dann ein Zurück nicht mehr gibt.

Wie steht es aber in finanzieller Beziehung? Die Abrechnung vom 1. Quartal wird hierüber Aufschluß geben. Halten wir in diesem Frühjahr mit unseren Finanzen durch, dann werden wir es wohl auch immer tun. Was wir im vorigen und in diesem Jahr an Streikunterstützung geleistet haben, kann sich mit jeder anderen Gewerkschaft sehen lassen. Meins feste Überzeugung ist, daß die Mitglieder im Monat Heber einige Mark mehr Beitrag zahlen, als den ungewissen Anschluß an den Landarbeiterverband vorzuziehen wollen. Wir hätten auch schon früher an eine Erhöhung der Beiträge denken müssen, sie ist reichlich spät erfolgt und dadurch sind uns wertvolle Mittel verloren gegangen. Wir haben aber schon unter viel schwierigeren Verhältnissen finanziell durchgehalten; warum sollten wir denn heute bei 28.000 Mitglieder nicht mehr existenzfähig sein?

Einen Vergleich mit den Zusammenschlüssen der Bildhauer mit den Holzarbeitern, der Handlungsgehilfen mit den Büroangestellten, der Sattler mit den Tapezierern können wir nicht ziehen. Diese Berufe stehen sich in jeder Beziehung so nahe, daß man sich eigentlich wundern muß, daß hier nicht schon längst eine Verschmelzung erfolgt ist. Bei uns liegen doch aber die Verhältnisse ganz anders. Die Frage des Zusammenschlusses bedarf also einer sehr genauen Prüfung!

W. Ruhnholz, Hamburg.

## Nochmals: Die Arbeitszeit der Gärtnerei in Baden.

Nachdem wir bereits in den Nummern 19 und 21 unserer Zeitung kurz darauf hinweisen konnten, daß in Baden die Gärtnerei der Aufsichtstätigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes unterliegt, sind wir heute in der Lage, den Wortlaut der betreffenden Verfügungen wiederzugeben und bitten die Mitglieder, davon Kenntnis zu nehmen und an geeigneter Stelle Gebrauch zu machen. Wir hoffen, auf diesem Gebiete noch mehr solcher schönen Erfolge vorzeichnen zu können und erwarten, daß unsere Kollegen im Reich überall dahin wirken, daß die hier klar gekennzeichnete Stellungnahme der Behörde auch überall zur Anwendung kommt.

Der Reichsarbeitsminister.

Berlin, den 6. März 1929

1/812.

An die Regierungen sämtlicher Länder,  
 An Preußen an den Herrn Minister für Handel und Industrie.  
 Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter hat gebeten, dahin zu wirken, daß die Gewerbeinspektoren auch die Bewaf-

sichtigung der gewerblichen Gärtnereien zu übernehmen haben. Nach Mitteilung des Verbandes soll das bis jetzt nicht der Fall sein. Ich darf wohl annehmen, daß im allgemeinen auch bisher schon diejenigen Gärtnereien, welche zweifellos als gewerbliche anzusehen sind, von den Gewerbeaufsichtsbeamten beaufsichtigt werden. Um aber jeden Zweifel zu beheben, darf ich anheims stellen, die Gewerbeaufsichtsbeamten mit entsprechender Weisung versehen zu wollen.

Im Auftrage: gez.: Siefert.

Badisches Arbeitsministerium. Karlsruhe, den 23. März 1920.  
Nr. 9737.

1 Anlage. Beaufsichtigung gewerblicher Gärtnereien betr.  
An das Gewerbeaufsichtsamt. Hier.

Beifolgend übersenden wir einen Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 6. März 1920 (Nr. 1 312) mit dem Ersuchen, die gewerblichen Gärtnereien in Baden in die Aufsichtstätigkeit, insbesondere hinsichtlich der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, Beschäftigung von Lehrlingen, Jugendlichen und Kindern, deren Arbeitsbedingungen, Unterbringung und Verpflegung, mit aufzunehmen und anlässlich des Jahresberichts über besondere Vorkommnisse zu berichten. Der Ministerialdirektor.  
I. A.: gez.: Ritzmann.

Badische Landwirtschaftskammer. Karlsruhe, den 5. Mai 1920.  
J.-Nr. 21 150.

An den Schlichtungsausschuß in Heidelberg.  
Auf gef. Schreiben vom 28. 4. erwidern wir folgendes:  
Die Gärtnerei rechnet zur Landwirtschaft nur insoweit, als sie feldmäßig betrieben wird; Kunst- und Handelsgärtnerei gehört dem Gewerbe an. Für das Gewerbe gilt nur die achtstündige Arbeitszeit.

Die Forderung der Arbeitnehmer, nicht zur Fütterung und Pflege von Zugtieren verwendet zu werden, scheint uns nicht unbillig, da die Arbeitnehmer eben als Gärtnerlehrlinge eingestellt sind. Immerhin sollte man glauben, daß sich hier eine friedliche Einigung erzielen ließe. Es liegt ja auch wieder im Interesse der Lehrlinge, wenn sie auch in der Tierpflege etwas ausgebildet werden.

Unserer Registratur ist übrigens nicht bekannt, daß diese Frage ebenso wie die Frage der Vergütung der Lehrlinge der Landwirtschaftskammer zur Stellungnahme vorgelegt sind.

Der geschäftsführende Direktor. I. A.: gez.: Faber.

Badisches Gewerbeaufsichtsamt. Karlsruhe, den 10. Mai 1920.  
Nr. 10616. I. Wilh. 5. Schloßplatz 20.

2 Anlagen. Gärtnereien als Gewerbebetriebe betr.  
Nach § 154 Abs. 1 Ziff. 4 der GO. findet der Titel VII GO. mit Ausnahme der §§ 135—139 a auf Gärtnereien Anwendung. Daraus geht hervor, daß die Gärtnereien als Gewerbebetriebe anzusehen sind und unter die Verordnung über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter vom 23. 11. und 17. 12. 1918 fallen. Nur, wo Gartenbau rein feldmäßig betrieben wird und deswegen als Landwirtschaft zu betrachten ist, findet die Landarbeitsordnung Anwendung. Wir fügen eine Abschrift des Erlasses des Reichsarbeitsministers vom 6. 3. 1920 (Nr. 1/812) und des Badischen Arbeitsministeriums vom 25. 3. 1920 (Nr. 9737) bei. gez.: (unleserlich).

Auf die Zuschrift vom 28. April 1920  
an den Schlichtungsausschuß Heidelberg.

## Arbeitskämpfe und Tarife.

Bad Ems. Zwischen der Firma Siesmayer, Frankfurt am Main, der Kurverwaltung Bad Ems und unserem Verbands ist ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden, kann aber bei dringenden Arbeiten um zwei Stunden überschritten werden. Der Lohn beträgt für Gärtner unter 16 Jahre 2,30 Mk., bis zu 17 Jahren 3 Mk., bis zu 20 Jahren 3,40 Mk., bis zu 24 Jahren 4 Mk. und über 24 Jahre 4,30 Mk. die Stunde. Für Arbeiter 1,80 Mk., 2,50 Mk., 2,90 Mk., 3,70 Mk. und 4 Mk. Für Arbeiterinnen 1,60 Mk., 2,10 Mk., 2,40 Mk. und 2,80 Mk.

Dresden. Am 27. April traten hier die Landschafter in den Streik. Er dauerte bis zum 21. Mai. An diesem Tage fällt der amtliche Schlichtungsausschuß folgenden Schiedsspruch: Ab 22. Mai erhalten Obgärtner 5 Mk., Vollgehilfen 4,50 Mk., Junggehilfen und Arbeiter 4,20 Mk. und Arbeiterinnen 2,50 Mk. die Stunde. Unter diesen Bedingungen wurde am 22. Mai die Arbeit wieder aufgenommen. Durch einiges und zähes Zusammenhalten ist unseren Dresdener Kollegen der Erfolg beschieden gewesen.

## Lehrlings- und Bildungswesen

### Ein Lehrgang für Obst- und Gemüseverwertung

findet in der Woche vom 14.—19. Juni an der Gärtnerlehranstalt in Berlin-Dahlem statt. Anmeldungen sind ungehindert dem Direktor einzureichen.

## Ausbau der Fach- und Fortbildungsschulen.

Der Geheime Oberregierungsrat im preussischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Oldenburg, hat jetzt eine längere Denkschrift erscheinen lassen, deren Grundgedanken darin bestehen, möglichst in jedem preussischen Kreise landwirtschaftliche Schulen zu errichten, um dadurch eine bessere Ausbildung der Landwirte zu ermöglichen, was im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen in unserer Landwirtschaft jetzt sehr berechtigt erscheint.

Falls dieser Plan Verwirklichung findet, müßten die Vertreter des Gartenbaues unbedingt darauf dringen, daß in all diesen Schulen besondere Klassen für Gärtnerei errichtet würden, da es ja bekanntlich außerordentlich schwierig ist, besondere Fachschulen in den ländlichen Kreisen, wo der Gartenbau nicht so stark vertreten ist, einzurichten, obgleich der bekannte Erlaß des Landwirtschaftsministers auf die Errichtung derartiger Anstalten hinweist und sogar schon besondere Statuten dafür vorsieht.

Wir müssen also unsere Vertreter in den Gartenbauausschüssen darauf hinweisen, daß sie alle dahingehenden Forderungen nachdrücklich unterstützen.

## Rundschau

### Reichswirtschaftsrat und Gärtnerei.

Von den für das Vorschlagsrecht in Frage kommenden gärtnerischen Verbänden sind der Regierung folgende Vertreter genannt worden: Generalsekretär F. Johs. Beckmann vom Verband Deutscher Gartenbaubetriebe für die Unternehmerorganisation und unser Vorsitzender, Kollege J. Busch für die drei Arbeitnehmerverbände. Die erste Tagung des Reichswirtschaftsrates wird im Juli stattfinden.

## Bekanntmachungen

### Hauptverwaltung

Adresse geändert von Hugo Schilling, zuletzt in Güldengassa und Markranstädter bei Leipzig beschäftigt, Buchnummer 83 886. Nachricht sofort an Hauptverwaltung.

Warnung vor Karl Stüdemann, ungefähr 27 Jahre alt, Frühjahr 1920 in Oranienburg in Stellung, hat seine Kollegen bestohlen. Nachricht über dessen Auenthall an A. Meißner, Leipzig, Hohe Viktoria, Gerberstr., Zimmer 100.

### Gaue und Ortsverwaltungen

Baden. Nachdem in Baden die Gärtnerei der Aufsichtstätigkeit des Gewerbe-Aufsichtsamts unterstellt ist, werden durch letzteres Betriebskontrollen ausgeführt. Hierzu ist dringend notwendig, daß das Gewerbe-Aufsichtsamt im Besitze der geltenden Tarife ist. Die Tarife von Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, der abgelaufene Freiburger Tarif und der Heidelberger Schiedsspruch sind bereits eingereicht. Wo inzwischen Änderungen am Tarif, insbesondere Neuregelungen der Lohnsätze, stattgefunden haben, sind diese ebenso wie alle in der Zwischenzeit etwa neu abgeschlossenen Tarife umgehend dem Badischen Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe, Schloßplatz 20, einzureichen. Dies hat auch bei allen späteren Vereinbarungen und Änderungen zu geschehen. Verwaltung Karlsruhe.  
I. A.: Schaufelberger.

Dresden. Die Adresse unserer Ortsverwaltung ist wieder Ritzenbergstraße 2, III.

Görlitz. Versammlungen Donnerstags nach dem 1. und 15. im Monat, Restaurant „Pilgerschänke“.

Pforzheim. Vorsitzender: Gottlieb Kleintsch, Luitgarstraße 8, II. Versammlung alle 14 Tage Freitags, abends 8 Uhr, im Felsenkeller.

Berichtigung. Herford. Die Adresse des Vors.: Paul Makiolla, Ahmserstr. 191, Kass.: A. Tiemann, Lockhauserstr. 138.

### Neue Verwaltungen.

Zschernewitz (Bez. Halle). Vorsitzender E. Marsse, Kassierer Herm. Sorgenfrey, Kolonie-Gärtnerei.

### Festlichkeiten.

Hierunter nehmen wir in Zukunft alle Mitteilungen über Vereinsfestlichkeiten auf. Die Zile wird mit 2.-Mark berechnet.

Hamburg. Sonntag, 27. Juni: Rosenfest der Ortsverwaltung in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses. Eintritt: Herren 4 Mk., Damen 3 Mk., Lehrlinge gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte, Arbeitslose unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Erwerbslosenkarte freien Eintritt.

## Sterbetafel.

Am 25. Mai verschied im Alter von 65 Jahren unser Mitglied des Gaus Hannover, der Kollege Aug. Albrecht. Ehre seinem Andenken!